



Regierungspräsidium Kassel - Postfach 1861 - 36228 Bad Hersfeld

Gegen Empfangsbekanntnis
Abfallwirtschafts-Zweckverband
Landkreis Hersfeld - Rotenburg
Kleine Industriestraße 6

36251 Bad Hersfeld

Aktenzeichen	32/HEF 100g 18.07.04 A-33 Bd. VII Akte I Allgemein
Bearbeiter	Herr Mägerlein
Durchwahl	06621 406 - 833 06621 406 - 706
E-Mail	maximilian.maegerlein@rpks.hessen.de
Internet	www.rp-kassel.de
Ihr Zeichen	azv-kü
Ihre Nachricht vom	28.05.2011
Besuchsanschrift	Hubertusweg 19 Bad Hersfeld
Datum	11. Januar 2012

Vollzug des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA)

Hausmülldeponie „Am Mittellück“ in Ludwigsau Gemarkung Meckbach, Flur 28, Flurstück 20/3

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ergeht folgende

I. Abfallrechtliche Anordnung

Gemäß § 32 Abs. 4 Satz 3 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) vom 27.09.1994 (BGBl. I 1994, S. 2705), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie sowie zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes und des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (MSRLUmsG) vom 06.10.2011 (BGBl. I 2011, S. 1986), wird der Genehmigungsbescheid des Regierungspräsidiums Kassel vom 03.04.1991, Az.: 39 b/1 - A-Nr. 33, der Deponie „Am Mittellück“ in der Gemarkung Meckbach, Flur 28, Flurstück 20/3, wie folgt geändert:

1. Die mit Bescheid vom 03.04.2006, Az.: 32/HEF 100g 18.07.04 A-33 Bd. VII Akte I Allgemein, nachträglich angeordnete Nebenbestimmung Nr. 2.2.2.4a zum Genehmigungsbescheid des Regierungspräsidiums Kassel vom 03.04.1991, Az.: 39 b/1 -A-Nr. 33 wird wie folgt neu gefasst:

Wir sind telefonisch mo. - do. von 08:00 - 16:30 Uhr und fr. von 08:00 - 15:00 Uhr ständig erreichbar. Besuche bitte möglichst mo. - do. in der Zeit von 09:00 - 12:00 Uhr und von 13:30 - 15:30 Uhr, fr. von 09:00 - 12:00 Uhr, oder nach tel. Vereinbarung.

Postanschrift: Hubertusweg 19 - 36251 Bad Hersfeld - Vermittlung 06621 406-6
Das Dienstgebäude Hubertusweg 19 ist vom Bahnhof zu Fuß in ca. 10 Minuten zu erreichen.

„2.2.2.4a

Nur die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Abfälle dürfen auf der Deponie zur Beseitigung abgelagert werden. Es sind folgende Abfallschlüssel und – bezeichnungen gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis - Verordnung – AVV) vom 10. Dezember 2001 zu verwenden:

Abfall-schlüssel	Abfallbezeichnung
01 04 11	Abfälle aus der Verarbeitung von Kali- und Steinsalz mit Ausnahme derjenigen, die unter 01 04 07 fallen
01 05 04	Schlämme und Abfälle aus Süßwasserbohrungen
10 01 01	Rost- und Kesselasche, Schlacken und Kesselstaub mit Ausnahme von Kesselstaub, der unter 10 01 04 fällt
10 01 02	Filterstäube aus Kohlefeuerung
10 01 05	Reaktionsabfälle auf Calciumbasis aus der Rauchgasentschwefelung in fester Form
10 01 15	Rost- und Kesselasche, Schlacken und Kesselstaub aus der Abfallmitverbrennung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 01 14 fallen
10 01 17	Filterstäube aus der Abfallmitverbrennung mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 01 16 fallen
10 01 24	Sande aus der Wirbelschichtfeuerung
10 02 01	Abfälle aus der Verarbeitung von Schlacke
10 02 02	unverarbeitete Schlacke
10 09 03	Ofenschlacke
10 09 14	Abfälle von Bindemitteln mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 09 13 fallen
10 10 03	Ofenschlacke
10 11 03	Glasfaserabfall
10 11 12	Glasabfall mit Ausnahme desjenigen, das unter 10 11 11 fällt
12 01 01	Eisenfeil- und -drehspäne
12 01 03	NE-Metallfeil- und -drehspäne
12 01 17	Strahlmittelabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 12 01 16 fallen
16 01 20	Glas
16 11 04	Auskleidungen und feuerfeste Materialien aus metallurgischen Prozessen mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 11 03 fallen
17 01 01	Beton
17 01 02	Ziegel
17 01 03	Fliesen, Ziegel und Keramik

Abfall-schlüssel	Abfallbezeichnung
17 01 07	Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 01 06 fallen
17 02 02	Glas
17 03 02	Bitumengemische mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 03 01 fallen
17 05 04	Boden und Steine mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 05 03 fallen
17 05 06	Baggergut mit Ausnahme desjenigen, das unter 17 05 05 fällt
17 06 03*	anderes Dämmmaterial, das aus gefährlichen Stoffen besteht oder solche Stoffe enthält
17 06 04	Dämmmaterial mit Ausnahme desjenigen, das unter 17 06 01 und 17 06 03 fällt
17 06 05*	asbesthaltige Baustoffe
19 01 12	Rost- und Kesselaschen sowie Schlacken mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 01 11 fallen
19 01 16	Kesselstaub mit Ausnahme desjenigen, der unter 19 01 15 fällt
19 01 19	Sande aus der Wirbelschichtfeuerung
19 02 03	vorgemischte Abfälle, die ausschließlich aus nicht gefährlichen Abfällen bestehen
19 03 05	stabilisierte Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 03 04 fallen
19 04 01	verglaste Abfälle
19 08 02	Sandfangrückstände
19 09 02	Schlämme aus der Wasserklärung
19 12 09	Mineralien (z.B. Sand, Steine)
19 12 12	sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen) aus der mechanischen Behandlung von Abfällen mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 12 11 fallen
19 13 02	feste Abfälle aus der Sanierung von Böden mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 13 01 fallen
20 02 02	Boden und Steine

Bei der Annahme und Ablagerung von asbesthaltigen Abfällen sind die Vorgaben des von der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) erarbeiteten Merkblattes „Entsorgung asbesthaltiger Abfälle“, vom 6. September 1995 in der Fassung vom 20. Februar 2001 einzuhalten.“

2. Die mit Änderungsbescheid vom 20.12.2001, A.: 42/HEF 100g 18.07.04 A 33 Bd. VII Akte I Allgem., angeordnete Auflage 2.2.1.4 zum Genehmigungsbescheid des Regierungspräsidiums Kassel vom 03.04.1991, Az.: 39 b/1 -A-Nr. 33, wird aufgehoben.
3. Es wird unter II. „Nebenbestimmungen“ des Genehmigungsbescheids des Regierungspräsidiums Kassel vom 03.04.1991, Az.: 39 b/1 -A-Nr. 33, folgende Nebenbestimmung Nr. 2.2.2.4b

eingefügt:

„2.2.2.4b

Nur die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Deponieersatzbaustoffe dürfen auf der Deponie „Am Mittelrück“ verwendet werden. Es sind folgende Abfallschlüssel und -bezeichnungen gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis - Verordnung – AVV) vom 10. Dezember 2001 zu verwenden:

Abfallbeschreibung	Abfallschlüssel und -bezeichnung gemäß AVV	
Gießereiformen und –sande ohne Gießereistäube	10 09 06	Gießereiformen und –sande vor dem Gießen mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 09 05 fallen
Gießereiformen und –sande	10 09 08	Gießereiformen und –sande nach dem Gießen mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 09 07 fallen
Bauschutt, Abbruchmaterial	17 01 01	Beton
Bauschutt, Abbruchmaterial	17 01 02	Ziegel
Bauschutt, Abbruchmaterial	17 01 03	Fliesen, Ziegel und Keramik
Gemische aus mineralischen Bauschutt, Abbruchmaterial wie Tondachziegeln, Betondachsteinen, Mauerwerk, Beton und Pflastersteinen	17 01 07	Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 01 06 fallen
Ausbauasphalt	17 03 02	Bitumengemische mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 03 01 fallen
Bodenaushub	17 05 04	Boden und Steine mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 05 03 fallen
Gleisschotter	17 05 08	Gleisschotter mit Ausnahme desjenigen, der unter 17 05 07 fällt
Rost- und Kesselasche aus der Verbrennung von Hausmüll und Ersatzbrennstoffen	19 01 12	Rost- und Kesselaschen sowie Schlacken mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 01 11 fallen
Konditionierte Aschen aus der Verbrennung von Hausmüll und Ersatzbrennstoffen	19 02 03	vorgemischte Abfälle, die ausschließlich aus nicht gefährlichen Abfällen bestehen

Konditionierte Aschen aus der Verbrennung von Hausmüll und Ersatzbrennstoffen	19 03 05	Stabilisierte Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 03 04 fallen
Mineralische Fraktion aus einer mechanischen Behandlung von Abfällen	19 12 09	Mineralien (z. B. Sand, Steine)
Boden und Steine	20 02 02	Boden und Steine

»

4. Es wird unter II. „Nebenbestimmungen“ des Genehmigungsbescheids des Regierungspräsidiums Kassel vom 03.04.1991, Az.: 39 b/1 -A-Nr. 33, folgende Nebenbestimmung Nr. 2.2.2.4c eingefügt:

„2.2.2.4c

Der Deponieabschnitt 3.1/3.2 ist der Deponieklasse II im Sinne von § 2 Nr. 8 der Deponieverordnung (DepV) vom 27.04.2009 zuzuordnen. Die Zuordnungswerte der Deponieklasse II nach Anhang 3 Tabelle 2 Spalte 7 DepV sind bei der Verwendung von Deponiebauersatzstoffen nach Nr. 3 der Tabelle 1 des Anhangs 3 der DepV oder einer Abfallablagerung zur Beseitigung einzuhalten. Zusätzlich sind folgende Zuordnungswerte von den Deponieersatzbaustoffen bzw. Abfällen zur Beseitigung einzuhalten:

Zusätzliche Zuordnungswerte

Parameter	Eluat [µg/l]	Feststoff [mg/kg]
Mineralölkohlenwasserstoffe ¹⁾	-	5.000
BTEX ¹⁾	-	25
PAK ¹⁾	-	150
PCB ¹⁾	-	1 ²⁾
Herbizide, Gesamtgehalt ³⁾	5	-

¹⁾ Kann aufgrund der Entstehung und Herkunft des Abfalls ausgeschlossen werden, dass der Abfall mit diesem Parameter belastet ist, darf im Rahmen der grundlegenden Charakterisierung nach § 8 Abs. 1 DepV auf eine analytische Untersuchung verzichtet werden.

²⁾ Die Anforderungen der PCB- Verordnung, der Verordnung (EG) Nr. 850/2004 über persistente organische Schadstoffe und des § 7 Abs. 1 Nr. 7 DepV bleiben unberührt.

³⁾ Zu untersuchen ist Gleisschotter. Andere Abfälle sind nur zu untersuchen, soweit ein Verdacht auf Belastungen mit Herbiziden besteht. Der Untersuchungsumfang der zu berücksichtigenden Herbizide ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle

Atrazin
AMPA

Amitrol
Bromacil
Dalapon
Desethylatrazin
Diuron
Dimefuron
Ethidimuron
Glyphosat
Hexazinon
MCPA
Picloram
Simazin
Triclopyr
Flumioxasin

Sind in den Deponieersatzbaustoffen oder Abfällen zur Beseitigung Schadstoffe enthalten, die geeignet sind, die Schutzgüter nach § 10 Abs. 4 KrW-/AbfG zu beeinträchtigen, und sind für diese keine Zuordnungswerte festgelegt, dürfen die Deponieersatzbaustoffe nur nach vorheriger Zustimmung durch die Genehmigungsbehörde angenommen werden. Die Festlegung weiterer Zuordnungswerte bleibt dann ausdrücklich vorbehalten.

Die festgelegten zusätzlichen Zuordnungswerte stehen unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs.

Die Probennahme und Analysen sind, soweit in der DepV geregelt, nach dieser durchzuführen. Beim Gleisschotter haben die Probennahme und Analyse nach der Richtlinie Altschotter (Ril. 880.4010) der Deutschen Bahn Netz AG in der jeweils geltenden Fassung zu erfolgen.“

5. Es wird unter II. „Nebenbestimmungen“ des Genehmigungsbescheids des Regierungspräsidiums Kassel vom 03.04.1991, Az.: 39 b/1 -A-Nr. 33, folgende Nebenbestimmung Nr. 2.2.2.4d eingefügt:

„2.2.2.4d

Ein Einsatz von Deponieersatzbaustoffen nach Nr. 3 der Tabelle 1 des Anhangs 3 der DepV ist nur in den nachfolgend aufgeführten Einsatzbereichen zulässig. Dabei dürfen folgende maximalen Abfallmengen nicht überschritten werden:

Einsatzbereich	Maximale Menge
Deponiestraßenbau	2.000 Mg im Jahr ¹⁾
Herstellung Randwall Asbestlager im Deponieabschnitt 3.2	2.500 Mg im Jahr ¹⁾
Abdeckung von abgelagerten Asbest oder Dämmmaterial im Deponieabschnitt 3.2	1.500 Mg im Jahr ¹⁾

Abdeckung von abgelagerten Abfällen ohne Asbestabfälle oder Dämmmaterial im Deponieabschnitt 3.1/3.2	nach Bedarf
--	-------------

¹⁾ Beträgt die zur Beseitigung auf der Deponie im Kalenderjahr abgelagerte Abfallmenge mehr als 15.000 Tonnen, darf die maximale Menge an Deponieersatzbaustoffen erhöht werden, wenn gegenüber der Genehmigungsbehörde die Notwendigkeit zuvor schriftlich nachgewiesen wurde.

Eine Profilierung mit Deponieersatzbaustoffen ist nicht zugelassen.

Unabhängig von den vorgenannten maximal zulässigen Mengen dürfen Deponieersatzbaustoffe nur in einem Umfang eingesetzt werden, der für die Durchführung eines geordneten Deponiebetriebes und der hierfür erforderlichen Baumaßnahmen erforderlich ist.

Ferner darf die Gesamtmenge der angenommenen Deponieersatzbaustoffe für den Einsatzbereich nach Nr. 3 der Tabelle 1 des Anhangs 3 der DepV im Kalenderjahr nicht die Menge der auf der Deponie zur Beseitigung abgelagerten Abfälle überschreiten.

Die Annahme von Boden zur Rekultivierung im Sinne von Nr. 4.4.1 der Tabelle 1 des Anhangs 3 der DepV ist im erforderlichen Umfang zulässig. Ein Einsatz von Deponieersatzbaustoffen nach Nr. 1.1, 2.1, 2.2, 2.3, 4.1, 4.2, 4.3 oder 4.4.2 der Tabelle 1 des Anhangs 3 der DepV ist nicht zugelassen.“

6. Es wird unter II. „Nebenbestimmungen“ des Genehmigungsbescheids des Regierungspräsidiums Kassel vom 03.04.1991, Az.: 39 b/1 -A-Nr. 33, folgende Nebenbestimmung Nr. 2.2.2.4e eingefügt:

„2.2.2.4e

Es ist bis zum 31. März des Folgejahres ein Jahresbericht nach Anhang 5 Nummer 2 DepV der Genehmigungsbehörde vorzulegen.“

7. Die mit Änderungsbescheid vom 24.11.2003, Az.: 42/HEF 100g 18.07.04 A- 33 Bd. VII Akte I Allgemein, angeordneten Auflagen werden aufgehoben.
8. Die Verwaltungskosten des Verfahrens (Gebühren und Auslagen) werden Ihnen auferlegt.
9. Die Verwaltungsgebühren wird auf 648,00 € festgesetzt. Auslagen sind nicht entstanden. Der Gesamtbetrag in Höhe von

648,00 €

(i. B.: Sechshundertachtundvierzig Euro) ist bis zum **17. Februar 2012** auf das Konto der

Hessische Landesbank (HELABA),

BLZ: 500 500 00, Konto Nr. 100 58 91,

Kontobezeichnung: HCC-RP Kassel,

unter der Angabe der Referenznummer **32009041200028** zu überweisen.

II. Hinweise

1. Die Anforderungen der Deponieverordnung bleiben von diesem Bescheid unberührt.
2. Werden Kosten nicht bis zum Ablauf des o. g. Fälligkeitstages entrichtet, ist nach § 15 Abs. 1 HVwKostG für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein **Säumniszuschlag** von eins vom Hundert des auf hundert Euro nach unten abgerundeten Kostenbetrages zu entrichten.

III. Begründung

Mit Genehmigungsbescheid des Regierungspräsidiums Kassel vom 03.04.1991, Az.: 39 b/1 -A-Nr. 33, wurde der Ausbau der bestehenden Deponie genehmigt. Auf Antrag vom 26.11.2002 und 14.01.2003 wurde mit Bescheid vom 24.11.2003, Az.: 42/HEF 100g 18.07.04 A- 33 Bd. VII Akte I Allgemein, die Verwendung bestimmter Deponieersatzbaustoffe zugelassen.

Die Regelungen des Genehmigungsbescheides zur deponietechnischen Verwertung stehen im Widerspruch zu den Anforderungen der Deponieverordnung vom 27.04.2009. Zur Klarstellung war der Genehmigungsbescheid anzupassen.

Mit E- Mail vom 07.12.2011 wurde Ihnen Gelegenheit gegeben, sich zu den entscheidungserheblichen Tatsachen zu äußern. Davon wurde mit E – Mail vom 11.01.2012 Gebrauch gemacht. Es wurde vorgetragen, ab einer Jahresablagerungsmenge von 15.000 Tonnen eine Erhöhung der zulässigen Deponieersatzbaustoffmengen mit aufzunehmen. Dem wurde unter der Bedingung entsprochen, dass die Notwendigkeit zuvor der Genehmigungsbehörde nachgewiesen wird.

Die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Kassel ergibt sich aus § 63 KrW-/AbfG i. V. m. §§ 25 und 26 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) vom 20.07.2004 (GVBl. I 2004, S 252), zuletzt geändert durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz vom 24.03.2010 (GVBl. I S. 121).

Gemäß § 32 Abs. 4 können der Planfeststellungsbeschluss und die Genehmigung nach § 31 KrW-/AbfG unter Bedingungen erteilt, mit Auflagen verbunden und befristet werden, soweit dies zur Wahrung des Wohles der Allgemeinheit erforderlich ist. Die Aufnahme, Änderung oder Ergänzung von Auflagen über Anforderungen an die Deponie oder ihren Betrieb ist auch nach ergehen des Planfeststellungsbeschlusses oder nach Erteilung der Genehmigung zulässig.

Die aufgenommenen Nebenbestimmungen dienen dazu die bestehenden Regelungen des Zulassungsbescheides zur deponietechnischen Verwertung an die geänderte Gesetzeslage anzupassen. Darüber hinaus waren für bestimmte gängige Schadstoffparameter Zuordnungswerte für die Ablagerung zur Beseitigung und den Einsatz als Deponieersatzbaustoff im Deponieabschnitt 3.1/3.2 festzulegen. Die Abfallablagerungsverordnung wurde zwischenzeitlich aufgehoben.

Die Kosten des Verfahrens waren Ihnen aufzuerlegen. Diese Entscheidung beruht auf den §§ 1, 2, 3, 5, 6, 9, 11, 12, 14 und 15 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes (HVwKostG) vom 11.07.1972 (GVBl. I, S. 235) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.01.2004 (GVBl. I, S. 36), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 09.07.2009 (GVBl. I S. 253).

Die Verwaltungsgebühr berechnet sich nach Abschnitt 18 des Verwaltungskostenverzeichnisses zur

Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (VwKostO – MUELV) vom 08.12.2009 (GVBl. I, S. 522), zuletzt geändert mit Verordnung vom 24.05.2011 (GVBl. I, S. 214) i. V. m. der Allgemeinen Verwaltungskostenordnung (AllgVwKostO) vom 11.12.2009 (GVBl. I, S. 763) wie folgt:

Nr. 18114 VwKostO - MUELV: Nachträgliche Auflagen über Anforderungen an eine Deponie oder ihren Betrieb nach Planfeststellungsbeschluss oder Genehmigung nach § 32 Abs. 4 Satz 3 i. V. m. der DepV , Gebühren nach Zeitaufwand.

Der Zeitaufwand errechnet sich nach der Nr. 1411 der AllgVwKostO.

Nr. 141 Gebühren für regelmäßige Tätigkeit

Nr. 1411 Beamte des höheren Dienstes und

vergleichbare Angestellte (je ¼ Std. 18,00 €)

vorliegend 9 Std. (= 36 x 18,00 €)

648,- €

Auslagen sind nicht entstanden.

IV. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe **Klage** bei dem

Verwaltungsgericht Kassel

Tischbeinstraße 32

34121 Kassel,

erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

(Mägerlein)